

03 Nationalsozialismus in der Praxis: Die Politik von Boos in den Jahren 1933–1941

Allmacht und Ohnmacht: Boos im Machtgeflecht des national- sozialistischen Staates

Als Boos nach seiner Ernennung zum Bürgermeister von Lörrach und der Inszenierung seiner Scheinwahl durch den Gemeinderat am 29. Juni 1933 am Bürgermeisterschreibtisch Platz nahm, um mit dem Regieren der Stadt Lörrach zu beginnen, hatte Boos so viel Macht wie nur wenige Stadtoberhäupter in Baden. Bereits per se verfügten die Bürgermeister im nationalsozialistischen Staat über eine vergleichsweise unangefochtene Position: Ihre Politik wurde zum einen nicht durch die parlamentarischen Vertretungskörperschaften des Bürgerausschusses und des Stadtrats kontrolliert. Zum anderen wurde auch in den Kommunalverwaltungen das monokratische „Führerprinzip“ eingeführt, wonach der Bürgermeister kraft seiner Position als führender Vertreter der NSDAP und seiner angeblich überlegenen angeborenen Führerfähigkeiten die Stadt weitgehend eigenverantwortlich regiere und die „Gefolgschaft“, wie auch die Bediensteten der Stadtverwaltung jetzt genannt wurden, unbedingte Treue gegenüber ihrem Führer an den Tag legen müsse.¹ Im Falle von Boos kam jedoch hinzu, dass er nicht nur Bürgermeister der bedeutendsten Stadt im Amtsbezirk Lörrach war, sondern auch – mit einer halbjährigen Unterbrechung im Jahr 1936 – bis September 1938 das Amt des Kreisleiters innehatte. Er war somit auch der maßgebliche politische Akteur der NSDAP im Kreis Lörrach. Boos blieben daher lange Zeit jene Macht- und Grabenkämpfe mit dem Kreisleiter erspart, denen sich so viele nationalsozialistische Bürgermeister anderer Städte ausgesetzt sahen. Dies war

insbesondere dann der Fall, wenn sich das Verhältnis zwischen Bürgermeister und Kreisleiter im Herrschaftssystem des „Dritten Reiches“, das wie kein anderes von „personalisierten Machtbeziehungen“² geprägt war, durch persönliche Animositäten oder Rivalitäten kennzeichnete.

So grenzenlos seine Machtfülle theoretisch auch war, konnte Boos auf der anderen Seite aber auch nicht schalten und walten, wie es ihm beliebte. Zum einen kamen auch nationalsozialistische Bürgermeister wie Boos an bestimmten ökonomischen, gesellschaftlichen und fiskalischen Realitäten nicht vorbei. Dies galt umso mehr, als die Nationalsozialisten mit ihrer Kritik an der angeblichen Misswirtschaft der Weimarer Republik und der Unfähigkeit ihrer Regierungen, die Massenarbeitslosigkeit zu senken, hohe Erwartungen bei der Bevölkerung geweckt hatten, die sie nicht völlig außer Acht lassen konnten. Zum anderen musste Boos die Interessenlagen der umliegenden Kommunen und der anderen staatlichen Ebenen – Kreis, Land und Reich – beachten. Diese stimmten, wie wir sehen werden, auch in einer Diktatur wie der des „Dritten Reiches“ keineswegs immer überein. Zu guter Letzt sahen sich die in den Händen der NSDAP befindlichen Kommunalverwaltungen auch der Beobachtung der Landesregierung und der Gauleitung ausgesetzt. Sie hegten, wie geschildert, einen gewissen Argwohn gegenüber der Radikalität ihrer lokalen Aktivisten vor Ort. Auch darauf würde Boos Rücksicht nehmen müssen.

Anhand von drei Themenbereichen wird im Folgenden dargestellt, wie sich die Praxis der nationalsozialistischen Stadtverwaltung unter der Führung von Boos innerhalb des oben beschriebenen Macht- und Interessengeflechts konkret gestaltete. Zunächst wird es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und

der städtischen Schuldenlast gehen, unter denen Lörrach in der Weimarer Republik so stark gelitten hatte wie nur wenige andere badische Städte. Anschließend werden die vielfältigen Auswirkungen geschildert, die die Grenzlage Lörrachs auf den Alltag und die politischen Debatten im praktischen, kulturellen und stadtplanerischen Bereich hatte. Im Mittelpunkt stehen vor allem die kulturellen und stadtplanerischen Bemühungen um den Ausbau Lörrachs zur „Grenzfestung“ gegenüber dem mächtigen Basel. Im dritten Abschnitt wird das spannungsreiche Verhältnis zwischen der NSDAP und der Stadt Lörrach untersucht, deren Interessen sich oftmals in einer für den NS-Staat typischen Weise widersprachen. Dabei gilt es nicht zuletzt die Frage zu beantworten, ob Boos tatsächlich jener humane, kompetente und überparteiliche „Bürgermeister aller Lörracher“ war, als der er sich nach dem Krieg ausgab.

Gefangen im Teufelskreis: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Haushaltsnot durch die national- sozialistische Stadtverwaltung

Mehr Schein als Sein: Die Linderung von Arbeitslosigkeit und Wohnraumnot in Lörrach in den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“

Die Bekämpfung der tief greifenden Wirtschaftskrise, die in den Jahren 1930 bis 1932 zahlreiche verzweifelte Menschen und gähnend leere Kassen der öffentlichen Haushalte zurückgelassen hatte, musste im Jahr 1933 für jeden politisch Handelnden, unabhängig davon, ob er dem Nationalsozialismus anhing oder nicht, die absolut vordringlichste Aufgabe sein. „Arbeitsbeschaffung“, beschreibt der israelische Historiker Avraham Barkai die Ausgangskonstellation des Jahres 1933, „war in der damaligen Wirtschaftslage das dringendste Problem jeder deutschen Regierung, ihr Erfolg oder Misserfolg der entscheidende Faktor für das Maß an Vertrauen und politischer Unterstützung, die sie seitens der Bevölkerung erwarten konnte.“³ Diese Feststellung traf für die National-

sozialisten in besonderem Maße zu: Während die bürgerlichen Parteien die Depression der Jahre 1930 bis 1932 zum Teil als unvermeidliche Folge eines gewissermaßen „natürlichen“ Konjunkturverlaufs betrachteten und – aus Angst vor einer Wiederkehr der Hyperinflation – einer Ankurbelung der Konjunktur durch kreditfinanzierte Ausgabensteigerungen der öffentlichen Hand eher skeptisch gegenüberstanden⁴, war die NSDAP neben dem ADGB die einzige politische Kraft gewesen, die vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise schon frühzeitig einer aktiven staatlichen Arbeitsbeschaffungspolitik das Wort geredet hatte. Damit sollten, wie es zum Beispiel das wirtschaftliche „Sofortprogramm“ der NSDAP des Frühjahrs 1932 formulierte, die weitgehend brachliegenden Produktionskapazitäten und die private Investitionstätigkeit durch staatliche Impulse wieder aktiviert werden. Dem lag die richtige Annahme zugrunde, dass nicht Inflation und Kapitalmangel, sondern mangelnder Geldumlauf und ungenutzte Produktionsreserven die eigentliche Ursache für die Wirtschaftskrise seien und deshalb im Fall einer „produktiven Kreditschöpfung“, die man zum Beispiel für den Straßen- und Siedlungsbau und Meliorationen nutzbar machen wollte, keine Gefahr der Geldentwertung bestehe. Außerdem hatten die Nationalsozialisten in ihren Reden und Schriften das „Recht auf Arbeit“ propagiert und im Falle einer Machtübernahme versprochen, jeden einzelnen „Volksgenossen“ in Arbeit zu bringen.⁵

Es liegt auf der Hand, dass die Nationalsozialisten mit solchen programmatischen Forderungen bei der Bevölkerung erhebliche Erwartungen weckten. Dies galt auch auf kommunaler Ebene. So hatte beispielsweise die kommunalpolitische Abteilung der badischen NSDAP-Gauleitung den NSDAP-Fraktionen in den badischen Gemeindeparlamenten bereits im November 1930 empfohlen, mittels gezielter Anfragen die Untätigkeit der Kommunen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung anzuprangern.⁶ Auch die Lörracher NSDAP-Fraktion hatte, wie im ersten Kapitel geschildert, in ihren parlamentarischen Anträgen zu den städtischen Haushaltsberatungen der Reichsregierung Versagen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorgeworfen und die hohen Fürsorgelasten der Stadt auf die in ihren Augen falsche Wirtschaftspolitik der „Systemregierungen“ zurückgeführt. Im Um-

kehrschluss enthielten solche Vorwürfe das implizite Versprechen, dass der Nationalsozialismus nach der Machtübernahme rasche Erfolge im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit erzielen würde. Wollten die Nationalsozialisten den von ihnen selbst geschürten Erwartungen gerecht werden und sich die Loyalität der Massen sichern, waren sie deshalb geradezu zwingend darauf angewiesen, baldige und nachhaltige Fortschritte im Kampf gegen die grassierende Erwerbslosigkeit vorzuweisen.⁷ Für das Industriezentrum Lörrach galt das in besonderem Maße, denn hier hatte die Weltwirtschaftskrise, wie beschrieben, zu einer extrem hohen Arbeitslosigkeit mit entsprechend hohen Ausgaben für die kommunale Fürsorge geführt. Ebenso lag das Baugewerbe wegen fehlender öffentlicher Aufträge und der geringen Ausgabenneigung der Privathaushalte stark darnieder, was sich unter anderem in einer hohen Zahl an Wohnungslosen niederschlug.⁸ Nur eine rasche Belebung des örtlichen Gewerbes, in welcher Form auch immer, würde folglich die Arbeitslosigkeit vermindern, den kommunalen Haushalt entlasten und die Wohnungsnot lindern können.

Betrachtet man die nackten Zahlen, so scheint der Nationalsozialismus auf keinem anderen Gebiet so erfolgreich gewesen zu sein wie auf dem Feld der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Innerhalb von nur zwei Jahren sank die Arbeitslosigkeit im Reich von sechs Millionen im Januar 1933 auf drei Millionen im Januar 1935; eineinhalb Jahre später, im Herbst 1936, betrug sie nur noch eine Million.⁹ Deutschland, das von der Weltwirtschaftskrise mit am stärksten betroffen gewesen war, befreite sich damit schneller aus der Weltwirtschaftskrise als alle anderen fortgeschrittenen Industrienationen. Auch in Lörrach zeigten sich auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit gewisse Fortschritte, die zwar hinter den Erfolgen im Reich zurückblieben, aber dennoch nicht unbeachtlich waren. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich hier von 1.776 im März 1933 auf 937 im März 1935.¹⁰ Die Nationalsozialisten ließen deshalb auch keine Gelegenheit aus, die Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hervorzuheben und sie als getreue Erfüllung ihrer vor der „Machtergreifung“ gegebenen Versprechen auszuweisen. Als beispielsweise Boos am 29. April 1935 auf einem Schulungs- und Kameradschaftsabend des nationalsozialistischen „Reichs-

bunds Deutscher Beamter“ (RDB) sich darüber beklagte, dass zahlreiche Anhänger der Weimarer Republik die Nationalsozialisten hinter dem Rücken immer noch bekämpften, verband er das mit einem Angriff auf das angebliche Versagen der Politiker der „Systemzeit“ im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dem stellte er die Verdienste der Nationalsozialisten auf diesem Gebiet gegenüber:

„Wir haben in zwei Jahren über vier Millionen Volksgenossen (diese Zahl ist um einige hunderttausend zu hoch gegriffen, R. N.) wieder in Arbeit gebracht, jene, die unsere politischen Gegner aus der Arbeit gebracht haben. Das wird weder Brüning noch Schleicher ... uns nachmachen. Das ist ein Moment, das dem ehrlichen Volksgenossen zeigt, dass wir mehr leisten, als die anderen uns versprochen und [uns] dafür nur geschädigt haben.“¹¹

Es war gerade die massive Propaganda, mit der der NS-Staat seine Erfolge in der „Arbeitsschlacht“ – so der nationalsozialistische Terminus für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – feierte, die dem zum Teil heute noch bestehenden Mythos von der raschen Beseitigung der extremen Arbeitslosigkeit durch die entschlossene Arbeitsbeschaffungspolitik des Nationalsozialismus Vorschub leistete.¹²

Geht man indes den Ursachen für den enormen wirtschaftlichen Aufschwung der ersten Jahre nach der „Machtergreifung“ genauer auf den Grund, verliert das „Wirtschaftswunder“¹³ der 1930er Jahre viel von dem Glanz, den die Nationalsozialisten aus begrifflichen Gründen rhetorisch zu verströmen versuchten. Hier lassen sich verschiedene Faktoren anführen. Zum einen profitierten die Nationalsozialisten davon, dass der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise in Deutschland zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ bereits überwunden war und sich eine allmähliche konjunkturelle Erholung abzeichnete. Dies lässt sich beispielsweise an der verstärkten Anschaffung von Maschinen und an vermehrten Aufträgen für Roheisen im ersten Quartal 1933 sowie einer verbesserten Kostensituation der Privatunternehmen festmachen.¹⁴ Zum anderen zog das Kabinett Hitler großen Nutzen aus den staatlichen Programmen, die bereits die Vorgängerregierungen zur Belebung der Wirtschaft verabschiedet hatten. So hatte die Regie-

rung Papen im September 1932 ein Steuergutschein-Programm in Höhe von 1,5 Milliarden Reichsmark aufgelegt, das die Unternehmer durch die Aussicht auf kommende Steuerbefreiungen – die Steuergutscheine konnten gegen künftig zu zahlende Steuern verrechnet werden – zu Neuinvestitionen ermutigen sollte; auch erste Gelder für öffentliche Aufträge wurden zur Verfügung gestellt. Desgleichen hatte das nachfolgende Kabinett Schleicher am 15. Dezember 1932 das sogenannte Sofortprogramm verkündet. Es wurde am 28. Januar 1933 von der Regierung verabschiedet und sah Gelder in Höhe von 500 Millionen Reichsmark für öffentliche Arbeiten wie Instandsetzungsreparaturen, Straßenbauten und Meliorationen vor.¹⁵ Kurzum: Der gewaltige Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 1933 – von sechs Millionen im Januar auf 3,7 Millionen im Oktober – war zu einem guten Teil auf den Konjunkturzyklus und die Programme der Vorgängerregierungen zurückzuführen. Damit nicht genug, verdankte sich der Aufschwung der Folgejahre, der bereits Ende 1936 zur allgemeinen Vollbeschäftigung führte, ganz überwiegend den stark zunehmenden staatlichen Rüstungsaufträgen.¹⁶

Verliert der Wirtschaftsaufschwung allein schon dadurch viel von seinem Nimbus, gilt dies erst recht, wenn man die Art seiner Finanzierung berücksichtigt. So wurden die staatlichen Aufträge mithilfe von „Wechseln“ finanziert. Hierbei handelte es sich um staatliche Schuldscheine für jene privaten Unternehmer, welche die öffentlichen Aufträge ausführten. Die Wechsel liefen auf fiktive Gesellschaften wie die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit“ (Öffa) oder die „Metallurgische Forschungsgesellschaft“ (Mefo). Dadurch wurden die Wechsel bei der Reichsbank diskontfähig, d. h. sie konnten von diesen Gesellschaften bei der Reichsbank gegen einen geringen Abschlag eingelöst werden. Auf diese Weise konnten die formalen Bestimmungen der Reichsbank umgangen werden, die jegliche Form von Schuldverschreibungen durch die Reichsbank verboten.¹⁷ Diese Art der kreditfinanzierten Stimulierung der Konjunktur entsprach zwar ganz den ursprünglichen Zielen der Nationalsozialisten. Doch der Plan, für die Einlösung der Wechsel bei der Reichsbank Rücklagen zu bilden, wurde bald aufgegeben. Der nationalsozialistische Staat vertraute

ganz auf künftige staatliche Einnahmen infolge der Hochkonjunktur und auf die finanzielle Rendite, die er sich von der Ausbeutung künftig zu erobernder Staaten erhoffte.¹⁸ Damit basierte die Finanzierung des Wirtschaftsaufschwungs auf einer Politik der verdeckten Inflation, die zu einem enormen Geldüberhang führte, der erst mit der Währungsreform des 20. Juni 1948 wieder rückgängig gemacht wurde. Ferner muss in Betracht gezogen werden, dass sich die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zumindest in den Jahren 1933 bis 1935 gegenüber der Zeit der Weltwirtschaftskrise eher noch verschlechterten, weil die Preise für Lebensmittel und Kleidung stark anstiegen, während die Notstandsarbeiten schlecht bezahlt wurden und der Staat überdies einen allgemeinen Lohnstopp verfügt hatte.¹⁹

Das nationalsozialistische „Wirtschaftswunder“ der 1930er Jahre hatte daher bei genauerer Betrachtung wenig Wundersames. Damit ist nicht gesagt, dass die Politik der Nationalsozialisten keinerlei Anteil an dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem 30. Januar 1933 hatte. Ohne Zweifel wurden die positiven wirtschaftlichen Impulse der ersten Jahreshälfte 1933 durch die beiden „Reinhardt-Programme“ verstärkt, die am 1. Juni bzw. am 21. September 1933 aufgelegt wurden und ein Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Reichsmark erreichten – für die damaligen Verhältnisse eine beachtliche Summe. Sie beinhalteten neben staatlichen Aufträgen vor allem im Rüstungssektor auch Instrumente wie das Ehestandsdarlehen. Letzteres wurde Paaren im Falle einer Eheschließung gewährt, wenn die Ehefrau dafür ihren Arbeitsplatz aufzugeben bereit war. Es sollte sie zu Anschaffungen von Möbeln und Hausrat motivieren und auf diesem Wege den privaten Konsum ankurbeln.²⁰ Daneben verhinderten die Nationalsozialisten durch eine massive Ausweitung der öffentlichen Arbeiten für den Winter 1933/34 den vielfach gefürchteten saisonalen Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine Maßnahme, deren positive psychologische Wirkung nicht unterschätzt werden darf.²¹ Dennoch gilt alles in allem, dass der Aufschwung der Jahre 1933 bis 1939 überwiegend auf einem Rüstungsboom beruhte, der auf Pump finanziert war und zulasten zukünftiger Generationen ging.



Bis Anfang März 1936 lag Lörrach in der „entmilitarisierten Zone“ entlang der Rheingrenze, was die Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht benachteiligte. Das Bild zeigt Verbände der Wehrmacht beim Marschieren über den Alten Marktplatz, die am 8. März 1936 im Zuge der Besetzung des Rheinlands durch deutsche Truppen auch in Lörrach einzogen und die Stadt offiziell für befreit erklärten. Im Hintergrund das neu gebaute „Hansahaus“.

Auch ein genauerer Blick auf das Lörracher Beispiel zeigt, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Grenzstadt keineswegs allein das Verdienst der Nationalsozialisten war, sondern auf vielerlei Vorarbeiten aus der Zeit der Weimarer Republik aufbauen konnte. Überdies wird gerade am Fall Lörrach deutlich, wie sehr der Erfolg oder Misserfolg der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik von örtlichen Faktoren abhing. Denn was den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit betraf, war die Stadt gleich in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Erneut wurde die Dominanz der Textilindustrie für Lörrach zu einem nicht unerheblichen Problem: Erstens gehörte sie zu den Konsumgüterindustrien, die vom „Dritten Reich“ generell stark zugunsten jener Industrien vernachlässigt wurden, die in die Rüstungsproduktion eingebunden waren. Zweitens zeichnete sich die Textilindustrie durch einen hohen Devisenbedarf aus, den sie vor allem für die Bezahlung von Rohstoffen wie Baumwolle und Seide

benötigte. Wegen der chronischen Devisenknappheit des „Dritten Reiches“, die in der ersten Hälfte des Jahres 1934 alarmierende Ausmaße erreichte²², wurde der Rohstoffimport stark eingeschränkt, was die wirtschaftliche Erholung der Textilindustrie erheblich verlangsamte. Dieser Nachteil konnte auch durch vermehrte Rüstungsaufträge kaum kompensiert werden. Dies hing eng mit der geografischen Lage Lörrachs zusammen: Lörrach lag nicht nur an der Grenze, sondern befand sich auch innerhalb der entmilitarisierten Zone, die erst im März 1936 durch den Einmarsch der Wehrmacht in die Rheinlande handstreichartig aufgehoben wurde. Viele Unternehmer zögerten deshalb mit Investitionen im Grenzland, während die bestehenden Betriebe bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen stark benachteiligt wurden.²³ Zu den Problemen in der Textilindustrie kamen die großen Haushaltsnöte der Stadt hinzu, denn die Arbeitsbeschaffungsprogramme der späten Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“

wurden zwar in erster Linie durch Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und vor allem durch Darlehen der Reichsregierung sowie der Landesregierung finanziert. Doch entweder erforderten sie – im Fall von Zuschüssen – einen Eigenbeitrag der Gemeinden, oder belasteten – im Fall von Darlehen – die Haushalte der nachfolgenden Rechnungsjahre. Beides stellte gerade eine verarmte Kommune wie Lörrach vor kaum lösbare Probleme.

Als Reinhard Boos am 29. Juni 1933 das Bürgermeisteramt antrat, musste er deshalb wiederholt die Erfahrung machen, dass Theorie und Praxis bei der wirksamen und raschen Reduzierung der Arbeitslosigkeit oftmals weit auseinanderklafften. Das lag keineswegs an einer etwaigen Untätigkeit von Boos auf diesem Gebiet. Im Gegenteil: Auch die Nationalsozialisten in Lörrach erklärten die Reduzierung der Arbeitslosigkeit zur Chefsache. So feierte der „Alemanne“ Boos gleich nach seiner Einsetzung als echten „Volksbürgermeister“, der sich um die Belange des ganzen Volkes kümmern werde und in diesem Sinne auch die Arbeitslosigkeit durch systematische Schaffung von Arbeitsplätzen vermindern werde.²⁴ Boos selbst betonte ebenfalls in der Öffentlichkeit mehrfach die enorme Bedeutung, die die Verringerung der Erwerbslosigkeit für die Stadtverwaltung habe. Beispielsweise kündigte Boos in seinem Bericht über das Haushaltsjahr 1933 anlässlich der Bürgerversammlung am 7. November 1933 an, die Stadtverwaltung werde die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Reichsregierung in großem Stile nutzen und auf diese Weise einen raschen Abbau der Arbeitslosigkeit erreichen.²⁵ Im Übrigen hatte er schon in seiner Eigenschaft als Kommissar Graser zur Nutzung der Arbeitsbeschaffungsprogramme gedrängt.²⁶ Auch das genaue Studium der Verwaltungsakten offenbart einen Bürgermeister, der sich immer wieder mit Nachdruck für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Unterbringung von städtischen Fürsorgeempfängern auf dem regulären Arbeitsmarkt einsetzte, wobei hier allerdings auch das städtische Eigeninteresse der Verringerung der Fürsorgelasten eine Rolle spielte. Und dennoch klafften zwischen Rhetorik und Wirklichkeit große Lücken: Zum einen war das soziale Mitgefühl mit den Arbeitslosen, das Boos in seinen Reden, aber auch durch seine Taten zum Ausdruck brachte, keineswegs ein Al-

leinstellungsmerkmal der Nationalsozialisten. Man denke etwa an die pionierhafte Einführung einer Erwerbslosenversicherung in Lörrach durch Oberbürgermeister Gugelmeier oder die umfangreichen Notstandsarbeiten, die Graser trotz der großen Haushaltsnöte der Stadt in Zeiten der Weltwirtschaftskrise durchführen ließ.²⁷ Zum anderen musste er wie seine Vorgänger erleben, dass der gute Wille allein nicht genügte, sondern weitestgehend an den Felsenklippen der rauen Wirklichkeit zerschellte. Dies zeigt zum Beispiel das Gebiet der Notstandsarbeiten.

Auch in Lörrach konnte Boos hier auf den Planungen aufbauen, die bereits von den letzten Regierungen der Weimarer Republik und der alten Stadtverwaltung getätigt worden waren. Noch im Januar 1933 hatte das Stadtbauamt Bürgermeister Graser eine Reihe von Vorschlägen für mögliche Notstandsarbeiten gemacht, die die neuen Machthaber nun aufgreifen konnten.²⁸ Unter den Plänen entschied man sich am Ende für Kanalisations- und Wegebauarbeiten, mit deren Hilfe neues Siedlungsgelände erschlossen werden sollte. Die Notstandsmaßnahmen des Jahres 1933 wurden vor allem vom Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) durchgeführt²⁹, der in Lörrach ebenfalls schon im Jahr 1932 eingerichtet worden war. Er sollte vor allem jüngere Arbeitslose im Alter von 18 bis 25 Jahren, die schon seit längerer Zeit erwerbslos waren, in Beschäftigung bringen. Die Teilnehmer des Arbeitsdienstes waren in geschlossenen Lagern untergebracht, in denen sie wieder an Arbeit gewöhnt, aber auch zum Gemeinschaftsgeist erzogen werden sollten. War die Kasernierungspraxis in der Weimarer Republik noch sehr umstritten, wurden die Arbeitslager im „Dritten Reich“ als ideales Mittel gesehen, um die jungen Männer einerseits zu „Opfergeist und Vaterlandsliebe“ zu erziehen. Andererseits wurden in den Arbeitslagern paramilitärische Übungen durchgeführt, was allerdings gerade vor dem Ausland verborgen werden sollte. Nachdem das Arbeitsdienstlager des Jahres 1932, das Ausbesserungsarbeiten an der Burg Rötteln ausgeführt hatte, wegen des fehlenden volkswirtschaftlichen Nutzens der Maßnahme wieder geschlossen wurde, wurde Mitte März 1933 ein Arbeitsdienstlager unter Führung des „Stahlhelms“ gegründet, das die oben beschriebenen Arbeiten durchführte. Nach der Entmachtung von DNVP und Stahlhelm wurde